

Die Linke, Dietmar Bartsch und das Konto 0601

Von [Martin Lutz](#), [Uwe Müller](#), Michael Ginsburg | Veröffentlicht am 21.06.2015 | Lesedauer: 11 Minuten

Das „Neue Deutschland“. Einst das wichtigste Propagandablatt der SED. Heute – das Zentrum eines Finanzskandals, der die Partei Die Linke schwer erschüttern könnte.

Quelle: Die Welt

Ein Geschäft um den Verlag Neues Deutschland hat ein Millionenloch in die Parteikasse gerissen. Mittendrin Dietmar Bartsch, der Gysi als Fraktionschef beerbt. Interne Unterlagen geben Aufschluss.

Dietmar Bartsch ist eine Erscheinung von stattlicher Statur. „Ich bin 1,93 Meter groß“, sagt der Mecklenburger stolz und fügt kokett hinzu: „An guten Tagen sind es 1,94.“ Der Linkspolitiker ist gerade drauf und dran, [Gregor Gysi](#) als Chef der größten Oppositionsfraktion im Bundestag zu beerben. Deshalb steht Bartsch, sonst eher für spröde Auftritte bekannt, im Fokus der Öffentlichkeit. Für den 57-Jährigen sind es ausgesprochen gute Tage. Aktuell dürfte er sich wie ein Zwei-Meter-Mann fühlen.

An Selbstbewusstsein mangelt es [Bartsch](#) sicher nicht. Mögen die Fußstapfen, die sein zehn Jahre älterer Mentor Gysi hinterlässt, auch groß sein – er ist davon überzeugt, dass er sie füllen kann. Das Urgestein der Ost-Linken beschreibt sich selbst so: „Ich bin von den Alten der Jüngste.“ Soll heißen: erfahren, aber voll im Saft. Innerhalb der Partei ist Bartsch bestens vernetzt. Auch das prädestiniert ihn für den Fraktionsvorsitz, den er sich mit der charismatischen Sahra Wagenknecht teilen will. Mitte Oktober soll es so weit sein, dann wählt die Fraktion.

Doch es ist gut möglich, dass dem Höhenflug ein Absturz folgt. Denn Bartsch spielt eine tragende Rolle in einem Skandal, durch den seine Partei schwer geschädigt wurde. Es ist eine unappetitliche Affäre voller Intrigen und Abgründe. Einiges spricht dafür, dass Vertraute von Bartsch in grober Weise ihre Pflichten verletzt oder sogar Parteivermögen veruntreut haben könnten. Vielleicht ruft das die Staatsanwälte auf den Plan.

Ein unbekannter Name, „null Mitarbeiter“

Worum geht es? Vor gut acht Jahren trennte sich die damalige Linkspartei.PDS von einem Vermögenswert, an dem das Herz vieler Genossen hängt. Man verkaufte 50 Prozent der Anteile der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH. Die Gesellschaft gibt die gleichnamige Tageszeitung heraus, [das legendäre „ND“](#). Mit dem Propagandaorgan der SED, das erstmals am 23.

April 1946 erschienen war, wuchsen Generationen von DDR-Bürgern auf. Die Auflage allerdings sackte von einst über einer Million auf aktuell 30.000 Exemplare ab.

Die eine Hälfte des ND-Verlages besitzt nach wie vor die Partei, die andere gehört seit Anfang 2007 der Beteiligungsgesellschaft Communio. Den Namen dieser Berliner Firma, die angibt, sie beschäftige „null Mitarbeiter“, muss man nicht kennen. Wichtig ist allein, wer hinter ihr steht: ein ehemaliger hochrangiger Stasi-Offizier.

Genau an dieser Stelle beginnt die Angelegenheit undurchsichtig zu werden. Denn die Communio konnte die Anteile zu traumhaften Konditionen übernehmen. Zwar verlangte die Partei einen stattlichen Kaufpreis von 1,6 Millionen Euro. Aber der Betrag wurde sogleich gestundet, zu einem damals üblichen Zinssatz von 4,5 Prozent. Der Käufer sollte den Betrag in 16 Raten von 2007 bis 2022 abtrottern.

Gregor Gysi verzichtet auf neue Kandidatur

Nach 25 Jahren in Spitzenfunktionen seiner Partei hat der 67-jährige Gregor Gysi seinen Rückzug vom Fraktionsvorsitz für den Herbst angekündigt. Nun könnte es eine Doppelspitze geben.

Quelle: N24

Mit der höchst ungewöhnlichen Konstruktion wollte die Partei kontinuierlich Einnahmen in sechsstelliger Höhe pro Jahr generieren, „die für die unmittelbare politische Arbeit genutzt werden können“. So hatte es der Parteivorstand beschlossen, als er den Deal auf den Weg brachte. Seinerzeit Bundesgeschäftsführer: Dietmar Bartsch.

Aus den erhofften Einnahmen für die politische Arbeit wurde aber nichts. Stattdessen hat die Transaktion in die Parteikasse ein Loch von mindestens rund einer Million Euro gerissen. Ende 2013 – aktuellere Zahlen liegen dieser Redaktion nicht vor – war die Communio mit Zahlungen in der exakten Höhe von 955.537,19 Euro säumig. Der Grund: Der Käufer hatte bis dahin lediglich 275.000 Euro beglichen. Die gesamte Forderung der Linken gegenüber der Communio für nicht entrichtete und künftige Kaufpreistraten sowie vereinbarte Zinstilgungen hatte sich mittlerweile auf stolze 1.755.537,19 Euro summiert.

Dokumentiert ist das Debakel in einer parteiinternen Finanzaufstellung, dem „Darlehen Konto 0601 (Verkauf ND GmbH – Anteile) Communio Beteiligungs gmbh / Tilgungsplan und geleistete Zahlungen“. Die Übersicht liegt der „Welt am Sonntag“ ebenso vor wie weitere Papiere zum ND-Anteilsverkauf. Dazu gehört der „Kaufvertrag über Geschäftsanteile“ vom 29. Dezember 2006. Der Kontrakt aus dem Panzerschrank der Partei sollte nie an die Öffentlichkeit gelangen. Er ist besonders brisant.

Mit dem Vermögen gezockt

Denn im Kaufvertrag hatte man sich eigentlich abgesichert. In Paragraph 3 steht: „Gerät der Käufer mit Zahlungen [...] in Verzug oder zeigt der Käufer an, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr

nachkommen zu können, ist dieser Kaufvertrag rückabzuwickeln und der Geschäftsanteil rückabzutreten.“ Nur: Genau das wurde unterlassen.

Geschähe so etwas in einem Ministerium, würden die Genossen vermutlich umgehend einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordern. Dieser Fall liegt anders. Die Spitzenfunktionäre haben offenbar mit dem Vermögen ihrer Mitglieder gezockt, die pro Kopf so viele Mitgliedsbeiträge aufbringen wie in keiner anderen Partei. Die Linke muss deshalb jetzt in eigener Sache aufklären.

Wie war ein solches Desaster möglich? Wer wusste davon? Warum hat die Partei den Verkauf nicht umgehend rückabgewickelt? Bartsch selbst schweigt. Fragen dieser Redaktion ließ er unbeantwortet.

Ich bin nie darüber informiert worden, dass die Partei im Zusammenhang mit dem Verkauf des Zeitungsverlages ‚Neues Deutschland‘ Außenstände in Höhe von rund einer Million Euro hat

Klaus Ernst (Linke), Ehemaliger Parteichef

Die „Welt am Sonntag“ wollte deshalb von zwei ehemaligen Parteichefs erfahren, ob ihnen die mysteriöse Transaktion bekannt ist: von Oskar Lafontaine (von 2007 bis 2010) und seinem Nachfolger Klaus Ernst (bis 2012). Ihre Antworten erstaunen.

Lafontaine lässt knapp und bündig ausrichten, „dass er von dem Finanzgeschäft der Partei [Die Linke](#), nach dem Sie fragen, keine Kenntnis hat“. Auch sein Nachfolger Ernst will keinesfalls mit dem Schlamassel in Verbindung gebracht werden. „Ich bin nie darüber informiert worden, dass die Partei im Zusammenhang mit dem Verkauf des Zeitungsverlages ‚Neues Deutschland‘ Außenstände in Höhe von rund einer Million Euro hat. Das ist für mich völlig neu. Für meine Person weise ich jede Verantwortung für mögliche Machenschaften zurück“, beteuert Ernst, der heute Fraktionsvize ist. „Wäre ich als Parteichef darüber unterrichtet worden, hätte ich sofort auf Aufklärung gedrungen.“

Die für das Vermögen zuständigen Schatzmeister hätten demnach die Führung der Linken über Jahre hinweg über die stetig größer werdenden Außenstände in Unkenntnis gelassen. Doch warum?

Wer das ND-Geschäft verstehen will, muss in einen speziellen Kosmos eintauchen. In der Linkspartei stößt man auf einen zerstrittenen Haufen, in dem Sektierertum, Eifersüchteleien und Feindschaften akribisch gepflegt werden. Ost gegen West, Pragmatiker gegen Radikale, DDR-Nostalgiker gegen Modernisierer, Gewerkschafter gegen Antikapitalisten – bei dem nie enden wollenden Streit der Flügel werden meist sämtliche Register gezogen. In diesem Universum hat es Dietmar Bartsch zu wahrer Meisterschaft gebracht.

Bartsch entstammt der sozialistischen Elite im Ostblock. Seinen Doktor der Wirtschaftswissenschaft erwarb er in Moskau, wo er beim Zentralkomitee der KPdSU, der Kommunistischen Partei des Landes, studieren durfte. Während er im Paradies der Werktätigen weilte, wie die Sowjetunion genannt wurde, fegten seine Landsleute in der DDR die Diktatur des Proletariats weg. Das hatte Folgen für die Partei, der Bartsch 1977 beigetreten war. Aus der SED wurde zunächst die SED.PDS, dann die PDS. Dort erhielt der begabte Sozialist kurz nach der Wiedervereinigung eine wichtige

Funktion. Im Januar 1991 stieg er, gerade mal 32 Jahre alt, zum Bundesschatzmeister auf. Seine Mission: so viel wie möglich vom alten SED-Vermögen retten.

Für Verwagung ganz Berlins in eine Stadt des Friedens!

**SED einzige Partei mit konstruktivem Programm zur Lösung der Lebensfragen der Nation
Westberliner SPD-Führung mit Atomrüstungs-CDU verbunden / Frontstadtpolitik widerspricht völkerrechtlichen Dokumenten / Großes Wirtschaftsangebot an Westberlin angekündigt / Änderung der Verhältnisse in Westberlin nur durch gemeinsamen Kampf möglich
SPD-Mitglieder erklären: Nicht kapitulieren, sondern kämpfen!**

Berlin ODD. Vor 3000 Westberliner Wählern, unter ihnen zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter, erklärte Montagabend der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Walter Ulbricht, ein neues Konzept im Frieden und in der Freiheit und des Fortschritts werden sein. Seine Darlegungen, immer wieder von begeisterten Beifall unterbrochen, gipfelte in der Feststellung, daß jeder friedliebende Westberliner am 7. Dezember nur den Kandidaten der SED seine Stimme geben kann.

Im Präsidium hatten Oberbürgermeister Friedrich Ebert, die Büro der Bezirksleitung mit seinem 1. Sekretär Hans Krieger und stellvertretenden unserer Partei für die Westberliner Wahlen Platz genommen.

Walter Ulbricht erklärte u. a.:

● Die SED vertritt in diesem Wahlkampf alle ehrliche Partei konsequent die Sache des Friedens. Sie weiß sich dafür ein, daß in Berlin zwischen den beiden Staatsverwaltungen normale Beziehungen geschaffen werden, damit das Volk in Sicherheit leben und friedlich seiner Arbeit nachgehen kann. So kann die deutsche Hauptstadt ihren Beitrag zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur Verwirklichung eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Wiedervereinigung leisten. Unsere Partei weiß sich in ihrem Weg mit der Mehrheit der Westberliner und westdeutschen Bevölkerung einig. Professor Dr. Hagemann brachte das auf der Nationalratsversammlung zum Ausdruck.

● Unsere Partei ist die einzige, die in Westberlin konsequent den Kampf gegen die Bonner Atomrüstungs- und Korruptionspolitik führt. Keine andere Partei in Westberlin hat ein konstruktives Programm zur Lösung der Lebensfragen der Nation. Die Westberliner CDU ist eine Millitärpartei, die die Atomrüstungspolitik betreibt. Die FDP ist nicht weniger reaktionär, die SPD-Führung vertritt eine Verleugungspolitik. Die Bundesregierung hat sich die SPD-Mitglieder auf, freiwillig in die imperialistische „sozialistische“ BRD-Deutsche einzuwickeln. Es ist unser Wunsch, daß die amerikanische Besatzung in Westberlin nicht, da der Senat nicht ohne sie existieren kann. Die Westberliner SPD-Führung vertritt eine Verleugungspolitik, gegen die wir nicht dulden, sondern Beziehungen in beiden Teilen der Stadt herzustellen, er macht Westberlin zum Stützpunkt gegen die DDR.

● Die SPD-Führung in Westberlin hat Brandstiftung im Sinne der SED mit der Atomrüstung-CDU verbunden. Während sich die SPD-Mitglieder gegen diese Unternehmungen auflehnen, die Westberliner SPD hat sowohl auf einen Tätigkeitsbericht als auch auf ein Wahlprogramm verzichtet.

● Berlin ist die Hauptstadt der DDR, der Leuchtturm des Kampfes für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat. Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Ganz Berlin gehört zum Hoheitsbereich der Deutschen Demokratischen Republik. Während der demokratische Teil Berlins die Hauptstrukturen der DDR gut erfüllt wird von Westberlin in Westberlin ein Besatzungsregime aufrechterhalten. Diese Unterdrückung des Besatzungsregimes widerspricht den völkerrechtlichen Dokumenten, die von den vier Mächten verabschiedet wurden.

● Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und als Beitrag zur Entspannung in Berlin arbeiten die Mitglieder der CDU im Einvernehmen mit der Regierung der DDR ein Wirtschaftsangebot an den Westberliner Senat aus. Es besteht aus den Vorleistungen des V. Parteitag werden jährliche Lieferungen von 100 000 t Frischfleisch, 50 000 t Frischmilch, 100 000 t Weizen und 20 000 t Schweinefleisch angeboten. Wir sind bereit, dafür mit Westberliner Betrieben Verträge über die Lieferung von Elektroausrüstungen und Maschinen einzugehen, damit in diesen Betrieben die Arbeitstätigkeit gesteigert werden kann. Außerdem wäre die DDR bereit, Westberliner Betriebe als Zulieferer für größere Exportaufträge heranzuziehen.

● Die Umgestaltung der Verhältnisse in Westberlin ist nur möglich, wenn die sozialdemokratischen Genossen, die Genossen der CDU und die Mitglieder der SED konsequent zusammenarbeiten und mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Atomrüstung-CDU führen. Alle friedliebenden Kräfte müssen sich zusammenschließen und die Propaganda des kalten Krieges gegen die DDR bekämpfen. Eine Entscheidung über die Wahl für die SED kann keine Schwächung für die SPD sein, da sich diese Partei durch die Zurückweisung der CDU als Partei angesehen geschwächt hat. Eine starke SED-Fraktion im Abgeordnetenrat würde der SPD bei ihrem Auftreten gegenüber der CDU mehr Mut machen.

● In der Diskussion haben Mitglieder der SPD ihrer gegenüber der CDU ihre Kandidatur erklärt. Sie wollen nicht kapitulieren, sondern kämpfen, forderte ein Redner aus Schöneberg. Die Herstellung der Aktionsschicht sei dringender denn je. Eine SPD-Genossin aus Tierpark forderte, mit allen Mitteln gegen die Atomrüstung zu kämpfen.

● Die SPD-Führung hat sich zum Abschluß der Kundgebung das Ensemble der „sozialistischen Strikate“ auf.

(Wortlaut der Rede siehe Seite 3 und 4)



Walter Ulbricht spricht zu Westberliner Wählern

Mit dem Herzen dabei sein

Aussprache des Genossen Grotewohl mit der künstlerischen Intelligenz in Berlin

Berlin ODD. Zu einer Aussprache mit dem Mitglied der Politbüro und Vizepräsidenten des Ministerrats, Genossen Otto Grotewohl, über „Die Aufgaben der Kunst im Sozialismus“ hatte der Deutsche Kulturbund Montag nachmittags die künstlerische Intelligenz der Hauptstadt in den Klub der Kulturschaffenden in Berlin eingeladen.

Die zum Teil recht lebhaften, von Prof. Dr. Motte geleitete Diskussion, in der im letzten Umfang über 100 Teilnehmer, darunter Künstler und Mitarbeiter, über künstlerische Schaffensprobleme und Fragen der polytechnischen und musischen Erziehung debattiert wurde, erstreckte sich bis zum 21 Uhr.

An der Diskussion, die ein kurzes Referat von Prof. Fritz Dahn einleitete, beteiligten sich zahlreiche Professoren, Schriftsteller, Maler, Grafiker und Bildhauer. Genosse Grotewohl erklärte den Anwesenden, der Künstler muss, um so-

Am Glück des Volkes mitarbeiten

Magdeburg ODD. Unter dem Leitwort „Der Beitrag zum friedlichen Aufbau des Volkes“ in der DDR traten am Montag in der Aula des Lehrerbildungsinstitutes zunächst 400 Mitglieder der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Staatssekretär für Kirchenfragen, Werner Eggert, der Vorsitzende des Büros des Präsidiums der Nationalrats Hans Seigewasser, der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, sowie Prof. Dr. Kurt Wiesner und der Oberbürgermeister von Magdeburg, Philipp Daub, Platz genommen.

Philip Daub überbrachte den Versammelten den Grad der Bevölkerung und sprach im Namen der Einwohner die Bitte aus, die Beratung möge sich mit dieser einsetzen, daß den Menschen die Sorge um die Erhaltung des Friedens genommen wird.

Prof. Dr. Kurt Wiesner erinnerte an einen einleitenden Worten nochmals an die Beratungen auf der Wartburg im Juni 1957 und in der Lutherstadt Wittenberg im Februar 1960, auf denen die große Verantwortung der Christen an der Schwelle des Atomalters betont wurde. Er habe bitten sich in Magdeburg die evangelischen Mitglieder der evangelischen Kirche zusammenzufinden, um in dieser „alten Hothburg des Protestantismus“ an der Spitze mit in einer durch die Wahlbewegung für die DDR, hochbedeutenden Zeit Rechenschaft ab zu geben, was sich dem Führer eines Jahres gehalten ist. Aber auch um all das weiter zu vertiefen, was sich auf der Wartburg und in Wittenberg als fruchtbar erwiesen hat.

Schlußfolgerung aus einer Zeit, in der auch die evangelische Kirche oft versagt hat, oder, wie es im Stuttgarter Schuldenbekenntnis von 1945 gesagt wurde – in die ihre gegangen ist, ist es jetzt an der Zeit, daß die evangelische Kirche konsequent Lehren aus der Geschichte zieht. Prof. Dr. Wiesner ging in diesem Zusammenhang auf die Beratungen zwischen den Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR und der Regierung im Juni und Juli dieses Jahres ein, auf der sich die Kirche verpflichtet hatte, ihren Beitrag zum friedlichen Aufbau des Volkes zu leisten. „Gerade auf diesem unseren Beitrag beim friedlichen Aufbau des Volkes“, betonte Prof. Wiesner, „als demokratisches Deutschland hätten wir die Christen in die Stimme und Reden über auch die Pflicht, um den als Staatsbürger erwachsenden Aufgaben ethisch und freudig, maximal vielseitig unter Hinzunahme persönlicher Interessen, auf jeden Fall mit dem Einsatz unserer Person und unserer ganzen Kraft mitzuarbeiten für den Weltandergang und das Glück unseres deutschen Volkes.“

Am Glück des Volkes mitarbeiten

Magdeburg ODD. Unter dem Leitwort „Der Beitrag zum friedlichen Aufbau des Volkes“ in der DDR traten am Montag in der Aula des Lehrerbildungsinstitutes zunächst 400 Mitglieder der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Staatssekretär für Kirchenfragen, Werner Eggert, der Vorsitzende des Büros des Präsidiums der Nationalrats Hans Seigewasser, der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, sowie Prof. Dr. Kurt Wiesner und der Oberbürgermeister von Magdeburg, Philipp Daub, Platz genommen.

Philip Daub überbrachte den Versammelten den Grad der Bevölkerung und sprach im Namen der Einwohner die Bitte aus, die Beratung möge sich mit dieser einsetzen, daß den Menschen die Sorge um die Erhaltung des Friedens genommen wird.

Prof. Dr. Kurt Wiesner erinnerte an einen einleitenden Worten nochmals an die Beratungen auf der Wartburg im Juni 1957 und in der Lutherstadt Wittenberg im Februar 1960, auf denen die große Verantwortung der Christen an der Schwelle des Atomalters betont wurde. Er habe bitten sich in Magdeburg die evangelischen Mitglieder der evangelischen Kirche zusammenzufinden, um in dieser „alten Hothburg des Protestantismus“ an der Spitze mit in einer durch die Wahlbewegung für die DDR, hochbedeutenden Zeit Rechenschaft ab zu geben, was sich dem Führer eines Jahres gehalten ist. Aber auch um all das weiter zu vertiefen, was sich auf der Wartburg und in Wittenberg als fruchtbar erwiesen hat.

Schlußfolgerung aus einer Zeit, in der auch die evangelische Kirche oft versagt hat, oder, wie es im Stuttgarter Schuldenbekenntnis von 1945 gesagt wurde – in die ihre gegangen ist, ist es jetzt an der Zeit, daß die evangelische Kirche konsequent Lehren aus der Geschichte zieht. Prof. Dr. Wiesner ging in diesem Zusammenhang auf die Beratungen zwischen den Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR und der Regierung im Juni und Juli dieses Jahres ein, auf der sich die Kirche verpflichtet hatte, ihren Beitrag zum friedlichen Aufbau des Volkes zu leisten. „Gerade auf diesem unseren Beitrag beim friedlichen Aufbau des Volkes“, betonte Prof. Wiesner, „als demokratisches Deutschland hätten wir die Christen in die Stimme und Reden über auch die Pflicht, um den als Staatsbürger erwachsenden Aufgaben ethisch und freudig, maximal vielseitig unter Hinzunahme persönlicher Interessen, auf jeden Fall mit dem Einsatz unserer Person und unserer ganzen Kraft mitzuarbeiten für den Weltandergang und das Glück unseres deutschen Volkes.“

Hagemann: Es hilft kein Ausweichen

Am Anfang stehen Verhandlungen, keine Wahlen

Köln (ADN/ND). Der westdeutsche Unionen Verhandlungen bereits mit



Kritik ist ein Teil des Lebens

Titelseite „Neues Deutschland“ vom 28.10.1958

Quelle: kein credit

Der junge Kassenwart setzte dabei auf die tatkräftige Hilfe früherer Stasi-Spitzen, die bis heute die Schaltkegel in einem undurchsichtigen System von Partefirmen bedienen. Sukzessive baute Bartsch eine Hausmacht mit ihm treu ergebenden Zuträgern auf. Die „Bartschisten“, eine gefürchtete Prätorianergarde, sitzen in den ostdeutschen Landesverbänden, der Parteizentrale sowie in der Fraktion. Sie versorgen Bartsch fortlaufend mit Interna über Flügelkämpfe, Partefreunde und Widersacher. Ihr Motto lautet „Bartschismo o muerte!“. Das ist offenbar ironisch gemeint und eine Anspielung auf die Formel, mit der Fidel Castro einst seine Reden zu beenden pflegte: „Socialismo o muerte!“

Bartsch selbst gehörte früh dem Reformertager an und wollte wie Gysi Brücken zur SPD schlagen. 1997 wurde er Bundesgeschäftsführer der PDS. Als die dann unter seiner Verantwortung bei der [Bundestagswahl](#) 2002 mit einem Ergebnis von unter fünf Prozent eine schwere Niederlage erlitt, musste er seinen Posten räumen. Bald darauf gelang es ihm jedoch, einen der lukrativsten Jobs zu ergattern, den die Partei zu vergeben hatte. Er wurde Geschäftsführer des ND-Verlags.

Als Bartsch der Belegschaft vorgestellt wurde, versprach er, die Position des „Neuen Deutschlands“ zu stärken. Unter seiner Verantwortung werde es ein Zurück zur Parteizeitung nicht geben. Der Postille drohte plötzlich jedoch Gefahr. Und das ausgerechnet durch ein kleines Wunder: Bei der Bundestagswahl 2005 errang erstmals ein gesamtdeutsches Linksbündnis auf Anhieb 8,7 Prozent.

Es war ein grandioser Sieg, hinter dem zwei Männer standen: Lafontaine und Gysi. Der eine war die Galionsfigur der im Westen gegründeten WASG, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit; der andere personifizierte die im Osten verwurzelte PDS, die zwischenzeitlich wieder einmal ihren Namen geändert hatte – in Linkspartei.PDS. Auch nach der Wahl blieben WASG und Linkspartei.PDS zunächst eigenständig.



Oskar Lafontaine stand in Verdacht, das „ND“ zu seinem persönlichen Sprachrohr machen zu wollen

Quelle: picture alliance / ZB/ksc,cse

Als dann aber ihre Fusion näher rückte, erfasste die Ost-Genossen Panik. Denn [Lafontaine](#), einst SPD-Chef, gerierte sich wie ein Alleinherrscher. Das Gespenst von der „Diktatur des Oskariats“ ging um. Die in der SED sozialisierten PDS-Genossen wollten zumindest ihr „ND“ seinem Zugriff entziehen. Sie fürchteten, Lafontaine könne das Traditionsblatt zum Sprachrohr seiner Politik machen und es sogar mit einem neuen Namen versehen. In dieser Situation war es von Vorteil, dass Bartsch wieder in sein altes Amt als Bundesgeschäftsführer zurückgekehrt war. Galt es doch, den ND-Verlag vor der feindlichen Übernahme durch die West-Linken zu bewahren.

Die Weichen dazu wurden am 4. Dezember 2006 gestellt, rund 15 Monate nach der Bundestagswahl. Der Parteivorstand beschloss, die ND-Anteile an Communio zu verkaufen. Die WASG wurde nicht eingeweiht. „Das Projekt hat Dietmar Bartsch forciert“, erinnert sich ein

Genosse. Verbürgt ist, dass die Geschäftsstelle von Bartsch kurz darauf den Bundesschatzmeister Karl Holluba mit der Abwicklung des Anteilsverkaufs beauftragte.

Holluba, vor 1990 in der Finanzverwaltung des SED-Zentralkomitees tätig, hatte Finanzökonomie studiert. Später durfte er die Parteihochschule „Karl Marx“ besuchen. Der Buchhalter wurde unter anderem mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichnet. Nach 1990 entwickelte sich Holluba zum „Bartschisten“ hoch drei: einem Diener seines Herrn, der sich oft um heikle Angelegenheiten kümmern musste. So unterzeichnete Holluba Ende 2006 auch den Kaufvertrag mit der zweiten entscheidenden Figur in dem verworrenen Deal: mit Matthias Schindler, Hauptanteilseigner der Communio.

Beim Lebenslauf geschwindelt

Schindler ist wie Holluba ein alter Bekannter von Bartsch und hat ebenfalls eine schillernde DDR-Biografie. Der geborene Sachse hatte sich Mitte der 70er-Jahre für eine Karriere im Staatssicherheitsministerium entschieden. Die Spionageabteilung der Stasi beförderte ihn zuletzt noch zum Referatsleiter. Seine Leute waren für die Ost-Berliner Botschaften in Afrika und Lateinamerika zuständig und unterhielten ein Netz von Spitzeln. Als er später auf Geschäftsmann umsattelte, machte sich der dunkle Stasi-Fleck in seinem Lebenslauf nicht gut. Schindler gab an, „in der Außenwirtschaft“ tätig gewesen zu sein. Eine glatte Lüge.

Es ist eine besondere Ironie der Geschichte, dass sich die Ost-Linken eines Ex-Stasi-Offiziers bedienen, um den West-Linken Lafontaine auszutricksen. Der Bundespolitiker ist längst Geschichte, aber seine Gattin Sahra Wagenknecht soll nun die Co-Vorsitzende von Bartsch in der Fraktion werden. Die linke Flügelfrau, die politische Testamentsvollstreckerin von Lafontaine, und den Realpolitiker Bartsch, den Ziehsohn von Gysi, verbindet eine herzliche Feindschaft. Manche Genossen erinnert dies an das Gleichgewicht des Schreckens im Kalten Krieg, als sich zwei gegnerische Blöcke misstrauisch belauerten.

Ich bin nie darüber informiert worden, dass die Partei im Zusammenhang mit dem Verkauf des Zeitungsverlages ‚Neues Deutschland‘ Außenstände in Höhe von rund einer Million Euro hat

Klaus Ernst (Linke), Ehemaliger Parteichef

Jetzt schwebt über dem ungleichen Duo auch noch der Finanzskandal. Seine Aufarbeitung könnte sich noch länger hinziehen – und auch die Justizbehörden beschäftigen. Die „Welt am Sonntag“ hat den Berliner Strafrechtler Rainer Frank die Details des ND-Geschäfts prüfen lassen. In einem 30-Seiten-Gutachten listet seine Kanzlei etliche Verdachtsmomente für Straftaten auf. „Aufgrund der Höhe der ausstehenden Kaufpreistraten ist von dem Vorliegen eines strafferhöhenden besonders schweren Falles der Untreue auszugehen“, heißt es in dem Dossier.

Einen Anfangsverdacht sieht Experte Frank gegen den ehemaligen Schatzmeister Holluba (von 2006 bis 2010) und dessen Nachfolger Raju Sharma (bis 2014), deren Aufgabe es war, das Vermögen der Partei zu verwalten. Auch Sharma zählte zu den „Bartschisten“, bevor er die Linkspartei verließ und Büroleiter von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) wurde. Das Gutachten, das den Ex-Funktionären vorsätzliches Handeln unterstellt, erhebt vor allem

einen Vorwurf: „Das Unterlassen der Geltendmachung der fälligen Kaufpreisraten durch die Bundesschatzmeister Dr. Holluba und Sharma könnten pflichtwidrige Treuebruchhandlungen gegenüber der Partei Die Linke darstellen.“ Holluba reagierte nicht auf eine Anfrage dieser Redaktion. Sharma erkennt für seine Person keine „denkbaren Anknüpfungspunkte für eine mögliche strafrechtliche Verantwortung“.

Der amtierende Schatzmeister Thomas Nord, kein Anhänger von Bartsch, stieß vor einigen Monaten auf das merkwürdige Geschäftsgebaren seiner Vorgänger. Wie er der „Welt am Sonntag“ sagte, weihte er daraufhin die Parteichefs Katja Kipping und Bernd Riexinger ein. Anfang des Jahres wurde offenbar erstmals der Parteivorstand über das Finanzloch unterrichtet. Holluba und Sharma hatten es anscheinend mit Rücksicht auf den Käufer hingegenommen, dass das Minus der Partei immer größer wurde. Wie es aussieht, interessierte die beiden Kassenwarte die wirtschaftliche Lage der Communio mehr als die Finanzen der Partei.

Alles nur ein Scheingeschäft?

Nord will das viele Geld nicht abschreiben: „Die Außenstände waren dabei nie strittig.“ Doch warum sollte die chronisch säumige Communio ihr Verhalten auf einmal ändern? Ohnehin fragt sich, ob ihr Inhaber Schindler überhaupt jemals beabsichtigte, den Vertrag zu erfüllen. Sollte er mit den früheren Schatzmeistern dubiose Absprachen getroffen haben, die nirgends dokumentiert sind? War das Ganze nur ein Scheingeschäft?

Für Dietmar Bartsch könnte der ND-Deal politisch kreuzgefährlich werden. Seit in dieser Woche seine Kandidatur als Fraktionschef offiziell verkündet wurde, sammeln seine innerparteilichen Gegner bereits fleißig Munition, um ihn zu Fall zu bringen. Wie schnell man nach unten stürzen kann, weiß der ehemalige Fallschirmspringer der Nationalen Volksarmee. Vor drei Jahren ließ der Göttinger Parteitag Bartsch gnadenlos durchfallen, als der Befürworter rot-rot-grüner Regierungsbündnisse Vorsitzender der Linken werden wollte. Ein Amt, das eher weniger bedeutend ist als der Fraktionsvorsitz im Bundestag, den er jetzt anstrebt. Eine dritte Chance dürfte Bartsch kaum bekommen.

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article142809265/Die-Linke-Dietmar-Bartsch-und-das-Konto-0601.html>